

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Juli/August 2019

hauptstadt

magazin



„Es geht
um Vielfalt!“



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© Michael Wittig

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

bereits zum siebten Mal hat der dbb berlin beim diesjährigen Motzstraßenfest seinen Respekt gegenüber Menschen mit verschiedenen Lebensweisen und -entwürfen unter Beweis gestellt. Grund genug, auch das Schwerpunktthema im hauptstadt magazin einmal auf Toleranz, Diversity und natürlich das Motzstraßenfest selbst zu legen.

Ein Gegenpol der Toleranz ist die Gewalt. Auch dem Umgang mit verbalen und tätlichen Angriffen ist in diesem Heft breiter Raum gewidmet. Sowohl die Personal- und Betriebsrätekonferenz des dbb berlin, als auch eine Veranstaltung aus der Reihe „dbb berlin im Dialog“ haben sich im vergangenen Monat mit diesem Thema befasst. In einem Gespräch mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Jan-Marco Luczak wurde außerdem vom dbb berlin noch einmal nachdrücklich eine Änderung des Meldegesetzes zum Schutz der Bediensteten gefordert. Welche Maßnahmen darüber hinaus überfällig sind, hat der Vorsitzende der DPoIG Berlin und stellvertretende Vorsitzende des dbb berlin, Bodo Pfalzgraf, in einem Interview unmittelbar nach der Personal- und Betriebsrätekonferenz auf den Punkt gebracht.

In Sachen Attraktivität des Berliner Landesdienstes hat sich der Senat bewegt und eine Ballungsraumzulage, gekoppelt mit einem Landesticket für alle aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, beschlossen. Leider erst ab November nächsten Jahres.

Neuigkeiten gibt es schließlich auch aus den Mitgliedsgewerkschaften DPVKOM und DBSH zu vermelden.

Bleibt mir noch, Ihnen eine erholsame Ferienzeit zu wünschen.

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Besoldung

- Ballungsraumzulage und Landesticket begrüßt 4
- Tickets nicht verwechseln 4

Gewalt gegen öffentlichen Dienst – Änderungen im Meldegesetz gefordert

- Konferenz vertieft drei Megathemen 6
- Pfalzgraf: Politik muss endlich handeln! 8

Diversity

- „Motzstraßenfest“ – ein Festival der Toleranz 9
- Gut vernetzt gegen Homophobie 10
- Es geht um Vielfalt! 10

dbb berlin im Dialog

- Reichsbürger und Selbstverwalter 12

Aus den Mitgliedsgewerkschaften

- DPVKOM: Torsten Jaehne wiedergewählt 14

Unterhaltung

- Preisrätsel 15

Kurz notiert

- „Bangemachen“ gilt nicht! 16
- Fallzahlbegrenzung in Jugendämtern überfällig 16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. Telefon: 030.3279520. Telefax: 030.32795220. Internet: www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: post@dbb.berlin.

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@

dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Christiane

Polk, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition:

Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712.

Preisliste 16, gültig ab 1.10.2018. Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien,

Marktweg 42–50, 47608 Geldern. Layout: FDS, Geldern.

Fotos: wie angegeben. Titelbild: © Annemarie Wellige.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Ballungsraumzulage und Landesticket begrüßt

„Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin begrüßt den Senatsbeschluss vom 18. Juni 2019, der im Entwurf des Haushaltsplanes 2020/2021 eine Ballungsraumzulage und ein kostenloses Landesticket für den öffentlichen Personennahverkehr vorsieht.

Dies trägt sicherlich zu einer gewissen Attraktivitätssteigerung und auch zur Gewinnung von neuen Beschäftigten bei“, kommentierte dbb Landeschef Frank Becker die ab 1. November 2020 angekündigten Verbesserungen für die Landesbediensteten.

„Insofern danken wir dem Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh, dass er die SPD-Forderungen, die er bereits in der Veranstaltung ‚dbb berlin im Dialog‘ am 20. März 2019 angekündigt hatte, im Senat durchsetzen konnte,“ so Becker weiter.

Ab 1. November 2020 sollen alle Beschäftigten des Berliner Landesdienstes bei Vollbeschäftigung eine

Ballungsraumzulage im Wert von 150 Euro monatlich erhalten. Die Zulage setzt sich aus zwei Bestandteilen zusammen, nämlich einem kostenlosen Landesticket und einem steuerpflichtigen Barbetrag. Das kostenlose Landesticket kann im Einzelfall unter Erhöhung des steuerpflichtigen Barbetrages abgewählt werden.

Zur Einführung der Ballungsraumzulage muss noch eine gesetzliche Grundlage für die Beamtinnen und Beamten geschaffen und für die Tarifbeschäftigten die Zustimmung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) eingeholt werden.

© MEV

Nicht verwechseln

Firmenticket und Landesticket

Zwei unterschiedliche Tickets für den öffentlichen Nahverkehr in Berlin werden aktuell diskutiert und sollten nicht verwechselt werden.

Das sogenannte Landesticket in Verbindung mit der Ballungsraumzulage ist noch Zukunftsmusik und soll erst ab Herbst nächsten Jahres zur Verfügung stehen. Es gilt nur für Landesbedienstete. Ganz anders das Firmenticket, das der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg ab 1. September dieses Jahres allen Arbeitnehmern anbietet.

Die Senatsverwaltung für Finanzen hat auf das Angebot bereits reagiert und die Senatsdienststellen und Bezirke mit Rundschreiben vom 26. Juni 2019 über die Modalitäten informiert: Danach gewährt der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) das neue verbundweite Firmenticket, wenn der Arbeitgeber einen Mindestzuschuss beisteuert und pro Unternehmen mindestens fünf Tickets abgenommen werden.

Das Land Berlin wird sich mit einem monatlichen Zuschuss von 15 Euro am neuen VBB-Firmenticket ab 1. September 2019 beteiligen. Der Zuschuss ist

zunächst bis Ende Oktober nächsten Jahres befristet, weil ab dem Folgemonat das Inkrafttreten des kostenfreien Landestickets für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesdienstes geplant ist. Die Rabattierung durch den VBB beträgt bei dem vom Senat gewährten Zuschuss 8 Euro.

Der Abschluss der Verträge mit den Verkehrsunternehmen wird für die teilnehmenden Dienstkräfte von den Beschäftigungsdienststellen getätigt.

Für bestehende Jobtickets ist eine kostenfreie Rückgabe des alten Abonnements mit abschließendem Upgrade auf das neue VBB-Firmenticket auf Antrag möglich. Die Verkehrsunternehmen werden den Behörden ein entsprechendes Angebot unterbreiten.

Über die genaue Verfahrensweise werden die Beschäftigten sicherlich in Kürze durch ihre Dienststellen informiert werden.

dbb berlin fordert Änderung des Meldegesetzes

Der dbb berlin fordert eine Änderung des Meldegesetzes zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes vor Gewaltattacken. In einem Gespräch mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Jan-Marco Luczak am 11. Juni 2019 setzten sich dbb Landeschef Frank Becker und der stellvertretende Landesvorsitzende Torsten Jaehne nachdrücklich für melderechtliche Auskunftssperren für Beschäftigte im öffentlichen Dienst ein. Auch in einem Schreiben an Innensenator Andreas Geisel hat der dbb berlin nochmals eine bessere Berücksichtigung der Schutzinteressen der Beschäftigten angemahnt.

Trotz wachsender Gewalt gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, führte Frank Becker in dem Meinungsaustausch mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten aus, würden Meldesperren nach § 51 Bundesmeldegesetz (BMG) häufig sehr restriktiv angewandt. Der dbb berlin will deshalb auch im Rahmen der Fürsorge und Wertschätzung der Kolleginnen und Kollegen dringend einer Überarbeitung und Anpassung dieser gesetzlichen Bestimmung an die heutige, von zunehmender Gewaltbereitschaft geprägte Situation erreichen. Konkret sollten von den Dienststellen für ihre Beschäftigten beantragte Melde- oder Übermittlungssperren grundsätzlich auch eingerichtet werden. Auch Luczak sprach sich für mehr Schutz für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes aus, die im Rahmen ihrer Tätigkeit für den



© dbb berlin

Staat besonderen Gefahren ausgesetzt sind, und will den Vorstoß des dbb berlin unterstützen.

Auf seiner Homepage heißt es dazu: „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst ist ein Angriff auf unsere Gesellschaft. Diejenigen, die jeden Tag durch ihre Arbeit unseren gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, verdienen unseren uneingeschränkten Rückhalt! Ihr Wohl ist unser aller Wohl – daher müssen wir die Meldeadressen von gefährdeten Beschäftigten im öffentlichen Dienst besser schützen. Danke an den Landeschef des dbb beamtenbund und tarifunion, Frank Becker, für das gute Gespräch!“

Auch Innendienst ist gefährdet

In dem Schreiben an den Innensenator aus dem selben Anlass weist der dbb berlin zusätzlich darauf hin, dass Extremisten, die gegen Beschäftigte gewaltsam vorgehen wollen, keinen Unterschied machen, ob diese operativ oder im Innendienst tätig sind. Insofern gingen Dienststellen beziehungsweise Behörden, die ausschließlich für operativ arbeitende Beschäftigte Anträge befürworten beziehungsweise genehmigen, fehl. ■

dbb Landeschef Frank Becker (rechts) im Gespräch mit Jan-Marco Luczak, MdB.

Erster Meinungsaustausch mit dem neuen CDU-Landeschef

Der dbb berlin hat in einem ersten Meinungsaustausch mit dem neuen CDU-Landesvorsitzenden Kai Wegner auf die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses für die Arbeitnehmer auf die Landesbeamten gedrängt.

dbb Landeschef Frank Becker betonte, dass die Verschiebung der Besoldungserhöhung auf den 1. April 2019 und den 1. Februar 2020 inakzeptabel sei. Der dbb berlin habe bereits an die Bezirksbürgermeister (innen) und die Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin appelliert, im laufenden Gesetzgebungsverfahren auf entsprechende Korrekturen zu drängen.

Außerdem informierte Frank Becker den CDU-Landeschef über die Aktivitäten des dbb berlin zum Schutz von Meldeadressen gefährdeter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes.

Weitere Gesprächsthemen waren der Berliner Nahverkehr, die Digitalisierung sowie die höchst bedenkliche Abwanderungswelle von Landesbediensteten zum Bund wegen der dort deutlich höheren Bezahlung.

Das Gespräch soll fortgesetzt werden. ■



Innensenator Geisel hatte eine gute Nachricht im Gepäck.



Sandra Trommsdorf: „Wir brauchen Umsetzungsdruck“.

© Friedhelm Windmüller (4)

dbb Personal- und Betriebsrätekonferenz

Drei Megathemen vertieft

Verwaltungsmodernisierung, Gewaltprävention und Diversity waren die drei wichtigen Themen, mit denen sich die dbb Personal- und Betriebsräte bei ihrer Konferenz am 19. Juni 2019 auseinandergesetzt haben. Mit einer positiven Nachricht überraschte Innensenator Andreas Geisel zum Auftakt der Veranstaltung:

„Der Senat hat verstanden. Gute Arbeit ist gut zu bezahlen“, bekannte der Innensenator und kündigte eine Ballungsraumzulage und ein optionales ÖPNV-„Landesticket“ für die Landesbeschäftigten an. Erst am Vortag war ein entsprechender Senatsbeschluss zum Doppelhaushalt 2020/2021 gefasst worden.

Die Ballungsraumzulage von 150 Euro (brutto) soll mit der Option auf ein Landesticket im öffentlichen Nahverkehr gekoppelt werden, das heißt, jeder Beschäftigte kann zwischen Ballungsraumzulage und Landesticket wählen, wobei im letzteren Fall die Ballungsraumzulage um den Ticketpreis gekürzt und der „Restbetrag“ brutto ausgezahlt wird. Die Regelung soll voraussichtlich ab November 2020 gelten. (Zu den Ausführungen des Senators zum Thema Gewalt siehe Interview mit Bodo Pfalzgraf, S. 8)

Verwaltungsmodernisierung: Konzepte umsetzen!

Der guten Nachricht folgte wenig später die schlechte: Sandra Trommsdorf, Bereichsleiterin Mittelstand

und Energie IHK Berlin, bescheinigte den öffentlichen Verwaltungen, schlecht auf die Zukunft vorbereitet zu sein. Digitalisierungsdefizite, Überalterung, vernachlässigte Nachwuchsförderung und mangelnde Attraktivität des Landes Berlin als Arbeitgeber haben mittlerweile zu wachsender Unzufriedenheit bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geführt.

Nicht weniger unzufrieden sind aber auch Bürgerinnen und Bürger, deren Anliegen wegen personeller Engpässe oft wochenlang unbearbeitet bleiben. Dabei fehlt es, so Trommsdorf, nicht an Entwicklungskonzepten, sondern an klaren Entscheidungen zur Umsetzung der theoretisch durchweg guten Programme. „Wir brauchen keine weiteren Papiere, sondern Umsetzungsdruck,“ um einheitliche Strukturen, effiziente Prozesse und attraktive Arbeit endlich zu schaffen, diagnostizierte die Referentin.

Die IHK Berlin habe deshalb die gemeinsame Kampagne „Eine Stadt – Eine starke Verwaltung“ gestartet mit der Kernbotschaft „Ist die Verwaltung stark, ist auch Berlin stark“. Die Unterstützung der Initiati-



Eren Ünsal rief zu Diversity Management auf



Großes Interesse weckte Katy Völker mit ihren Ausführungen zum Notfallmanagement in Extremsituationen.

ve ist überwältigend: Seit Januar ist die Kampagne auf mittlerweile 37 Partner, unter ihnen der dbb berlin, angewachsen, das Echo in Presse und Medien ist immens und am 14. Mai haben auch Senat und Bezirke reagiert und den Zukunftspakt Verwaltung unterzeichnet, in dem sich zentrale Forderungen des Bündnisses wiederfinden. Natürlich wird das Bündnis den Umsetzungsprozess kritisch-konstruktiv begleiten.

Notfallmanagement für Gewaltopfer

Unmittelbar zuvor hatte Katy Völker von der Unfallkasse Berlin über ein weiteres Megathema referiert: Angesichts der wachsenden Gewalt gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes stießen ihre Ausführungen zum Notfallmanagement in berufsbedingten psychischen Extremsituationen auf besonders großes Interesse.

Abhängig von Vorerfahrungen und Vorerkrankungen benötigen ein Drittel aller Personen, die einen ernsthaften Angriff auf ihre eigene oder fremde körperliche Unversehrtheit erleben, eine Behandlung. Für alle gilt dagegen, dass psychische Extrembelastungen sich normalerweise bis zu einem halben Jahr in posttraumatischen Störungen auswirken.

Besonders gefragt bei der Bewältigung dieser „normalen“ Reaktionen wie Schlaf- oder auch Konzentrationsstörungen sind Führungskräfte, die in der Nachbetreuung die Betroffenen im Alltag stabilisieren und unterstützen müssen. Darüber hinaus sollten sie auch erster Ansprechpartner bei der psychologischen

Erstbetreuung sein und den Betroffenen zuhören, Sicherheit vermitteln und Rückendeckung geben.

Hauptziel muss es natürlich sein, derartige Notfall-situationen durch präventive Maßnahmen so weit wie möglich zu verhindern. Dazu gelte es, alle Arbeitsbereiche auf ihre Anfälligkeit für das Auftreten von Extremereignissen zu beurteilen und entsprechende technische, bauliche und organisatorische Schutzmaßnahmen einzuleiten. Dazu bietet die Unfallkasse eine Reihe von Unterstützungsangeboten an.

Diversity in der Berliner Verwaltung

„Vielfalt ist Realität,“ stellte die Leiterin der Abteilung VI – Antidiskriminierung, Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Eren Ünsal, zu Beginn des letzten Fachvortrags der Konferenz fest. Auch die Berliner Verwaltung sei deshalb zu Diversity Management aufgerufen und müsse verstärkt vielfältiges Personal einstellen und ihre Organisationskulturen und -strukturen entsprechend verändern. Vielfältig heißt hier unter anderem von unterschiedlicher ethnischer Herkunft, unterschiedlichen Alters oder auch unterschiedlicher Religion und Weltanschauung.

Um diesen Prozess wirkungsvoll in Gang zu setzen, gäbe es in Berlin bereits zahlreiche Informationen, Schulungen und Fortbildungen zum Umgang mit Vielfalt. 2018 wurden außerdem Diversity-Ansprechpersonen in den Bezirks- und Senatsverwaltungen installiert. ■

und Betriebsrätekonferenz

Bodo Pfalzgraf

Politik muss endlich handeln!



© Friedhelm Windmüller

Innensenator Andreas Geisel hat sich bei der Personalrätekonferenz des dbb berlin bestürzt über das Ausmaß an Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes gezeigt und die Betroffenen aufgerufen, jeden Vorfall zur Anzeige zu bringen, um Wiederholungs- beziehungsweise Nachahmungstaten zu vermeiden. Außerdem will sich der Innensenator für die Einführung der Bodycam einsetzen. Der Berliner DPoIG-Chef Bodo Pfalzgraf hat in einem Interview mit dem hauptstadt magazin die Aussagen auf den Prüfstand gestellt:

Herr Pfalzgraf, hat der Innensenator den richtigen Ansatz?

Pfalzgraf: Die Repräsentanten der Regierung – vom Regierenden Bürgermeister bis zum Innensenator – sagen seit Jahren auf unseren Veranstaltungen richtige Sachen. Nur handeln sie nie. Die zunehmenden Gewaltexzesse sind bis auf Polizei, Feuerwehr und Ordnungsämter weitgehend unerforscht.

Was muss denn praktisch passieren?

Pfalzgraf: Zunächst muss der Regierende Bürgermeister dafür sorgen, dass nicht jeder Amtsleiter selbst entscheiden darf, was Gewalt gegen seine Mitarbeitenden ist. Wir brauchen eine berlinweit einheitliche, verpflichtende Definition von Gewalt. Das haben die Kolleginnen und Kollegen verdient! Und diese Definition muss zumindest die Straftaten umfassen. Denn da muss Schluss sein: Wer Straftaten gegen Mitarbeitende begeht, ist Gewalttäter. Ebenso wichtig wäre die Verpflichtung, Gewalttaten auch anzuzeigen. Der neue Chef der Berliner Feuerwehr ist für mich ein gutes Vorbild. Der hält es auch ohne gesetzliche Vorgaben für seine Amtspflicht, derartige Straftaten zur Anzeige zu bringen. Andere sind da unbeholfener, uneinsichtiger oder ohne

Problembewusstsein. Darum braucht es eine klare und stringente Linie, nämlich: Der Senat von Berlin lässt seine Mitarbeitenden nicht im Regen stehen, sondern handelt.

Und das reicht zur Bekämpfung des Problems?

Pfalzgraf: Natürlich nicht, das wäre ein seit Langem aufgeschobener Anfang, der kein Geld kostet, sondern nur politischen Mut erfordert. Denn natürlich würden sofort die Fallzahlen steigen, weil nichts mehr unter der Decke gehalten werden kann. Aber nur so erkennt man die Ausmaße des Problems und kann zielgerichtet agieren. Seit über zehn Jahren gibt es Sicherheitsempfehlungen für die technische Prävention in Dienstgebäuden, für Schwachstellenanalysen und flächendeckende Gefahren, für Schulungen der Beschäftigten, für einheitliche Orientierungssysteme für Einsatz- und Rettungskräfte und für innovative Alarmsysteme. Das wird alles einfach nicht umgesetzt. Wir bauen neue Dienstgebäude oder sanieren in Millionenhöhe und halten nicht einmal diese Standards ein. Das geht so nicht.

Müssen Vorschriften geändert werden?

Pfalzgraf: Na klar! Zunächst müssen die eben angesprochene Gewaltdefinition und die Anzeigepflichtung per Rundschreiben die Verwaltung nach innen binden und Allgemeingültigkeit erlangen. Und dann kann wohl jeder Mitarbeitende des Landes Berlin vom Senat in dieser Angelegenheit das gleiche Engagement verlangen, das dieser in Sachen Diversity an den Tag legt. Da ist nämlich in der Geschäftsverteilung des Senats die Zuständigkeit jedes Senatsmitglieds klar geregelt. Ich würde mir in dieser Sache, die eher eine Querschnittsaufgabe für den gesamten öffentlichen Dienst ist, allerdings eine fachliche Führungszuständigkeit des Innensenators wünschen. Er hat in verschiedensten Abteilungen bereits hohe Fachkompetenz im Haus, die anderen Bereichen völlig abgeht.

Was kann der dbb noch tun?

Pfalzgraf: Wir müssen dranbleiben! Keine Strohfeder mehr zulassen! Das Thema treiben! Wir bieten natürlich auch unsere Kompetenz in dem Themenfeld an und helfen gern, zu guten Lösungen für unsere Kolleginnen und Kollegen zu kommen. Ich könnte mir auf Ebene der Senatskanzlei gut eine Kommission vorstellen, die konkrete Vorschläge sammelt und bewertet. Da gehören die gewerkschaftlichen Dachverbände mit hinein. Denn das Thema ist extrem vielfältig und hat unzählige Facetten.

„Motzstraßenfest“

Ein Festival der Toleranz und guten Laune

Alljährlich über 400.000 Besucher lockt das Lesbisch-Schwule Stadtfest – oder kurz „Motzstraßenfest“ rund um den Berliner Nollendorfplatz an. Zum 27. Mal fand dieses bunte und heitere Treiben am 20. und 21. Juli 2019 statt, seit 2012 unter aktiver Beteiligung des dbb berlin.

„Hier inmitten des vom Veranstalter als ‚Politikwelt‘ bezeichneten Straßenabschnitts lässt es sich ganz hervorragend mit Vertretern des Berliner Senats und der Parteien ins Gespräch kommen,“ nennt dbb Landeschef Frank Becker einen der Vorzüge des Motzstraßenfestes. „In den Vorjahren konnten wir am Info-Stand des dbb berlin u. a. den Regierenden Bürgermeister Michael Müller, Finanzsenator Kollatz, Gesundheitsministerin Dilek Kollat, Justizsenator Dirk Behrendt und von der Opposition CDU-Generalsekretär Stefan Evers und die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Petra Pau (Die Linke), begrüßen. In diesem Jahr sind wir mit dem Landesvorsitzenden der CDU Berlin, Kai Wegner (MdB), und der Berliner Generalstaatsanwältin Margarete Koppers ins Gespräch gekommen.“

Noch wichtiger aber ist es, auf dem Stadtfest Präsenz zu zeigen und damit ein Zeichen gegen Homophobie und für ein respektvolles Miteinander zu setzen.

5.000 Luftballons

Zu übersehen war der dbb berlin auf jeden Fall nicht. Dafür sorgten schon rund 5.000 gasgefüllte Luftballons in den dbb Farben, die das ohnehin schon bunte Straßenbild um viele magentafarbene Tupfer bereicherten. Auch Info-Flyer, Kalender, Kondome usw. verteilten die fleißigen ehrenamtlichen Helfer am dbb Infostand, die überdies auch auf jede Fachfrage des Publikums die zutreffende Antwort wussten.



Lisa Winter und Martina Riedel (DSTG), Torsten Jaehne (stellv. Landesvorsitzender dbb berlin/DPVKOM), Kai Wegner (CDU), Frank Becker (Landesvorsitzender dbb berlin) und Thomas Goiny (stellv. Landesvorsitzender dbb berlin/BSBD)

Zum Auftakt am ersten Veranstaltungstag wies diese starke Helfertruppe übrigens mit drei Nordrhein-Westfalen, dem aus dem Allgäu angereisten stellvertretenden Vorsitzenden der dbb Jugend Bund, Christoph Strehle, und zwei Berlinern – den Landesvorsitzenden eingeschlossen – bundesweite Besetzung auf. Bis auf den Vertreter der dbb Jugend Bund alle mit „Straßenfesterfahrung“: Hassan von der gkl berlin ist bereits zum dritten Mal dabei und die beiden DBSHler aus Nordrhein-Westfalen, die zur Verstärkung gleich noch einen befreundeten Techniker von der Uni mitgebracht hatten, haben den dbb berlin beim Motzstraßenfest schon mehrfach unterstützt. Auch die hinter dem heiteren Treiben stehende ernste Problematik ist ihnen alles andere als neu. Freddy, der unermüdlich Luftballons auf der Straße verteilte, ist in seiner Heimatstadt ganztagig in einem Treff für 14- bis 27-jährige schwule, lesbische, bi- und transsexuelle Jugendliche beschäftigt und kennt deren Sorgen nur allzu genau. Allen freiwilligen Helferinnen und Helfern beim Motzstraßenfest sei an dieser Stelle nochmals ganz herzlich gedankt. ■

Gut vernetzt im Bündnis gegen Homophobie

„Diskriminierungen haben auch im öffentlichen Dienst keinen Platz“, begründete dbb Landeschef Frank Becker vor sechs Jahren den Beitritt des dbb berlin zum Bündnis gegen Homophobie. Trotz vieler Fortschritte bestünden Ressentiments gegen Schwule, Lesben und Transgender fort. Diskriminierungen im Alltag seien immer noch an der Tagesordnung.

Genau dagegen wendet sich das Bündnis, das Vielfalt, Akzeptanz und Demokratie auf seine Fahnen geschrieben hat. Und die Botschaft ist offenbar verstanden worden: Die starke Allianz für ein respektvolles Miteinander zählt inzwischen 122 Mitgliedsorganisationen und Unternehmen. Vertreten sind neben Gewerkschaften, Verbänden und kirchlichen Einrichtungen unter anderem die Polizei Berlin, Hochschulen, Bühnen, Sportvereine, Radiosender und jede Menge Unternehmen, unter ihnen die BVG, die BSR und die Berliner Messe.

Im vergangenen Jahr hat sich das Bündnis, wie ein jährlicher Report ausweist, schwerpunktmäßig mit Unternehmensnetzwerken befasst und ausgelotet, inwieweit diese ein diskriminierungsfreies Betriebsklima fördern können. Ausgewertet wurden darüber hinaus die Ergebnisse einer Untersuchung des Deut-

schen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Lebenssituation von Lesben, Schwulen und Bisexuellen, die unter anderem deutliche Einkommensnachteile bei homo- und bisexuellen Männern nachweist. Durch Unterschiede in Qualifikation und Berufserfahrung lässt sich dieses „Sexuality Pay Gap“ nicht rechtfertigen.

Bedenklich stimmt ein weiteres Untersuchungsergebnis, nämlich, dass Lesben, Schwule und Bisexuelle mit 20 Prozent etwa doppelt so häufig von depressiven Erkrankungen betroffen sind wie heterosexuelle Menschen. Hier liegt die Vermutung nahe, dass Stigmatisierung und Diskriminierung und damit erhöhter chronischer Stress zu den Ursachen zählen.

Schwerpunkt der Bündnisarbeit in diesem Jahr ist das Thema Trans*.

Es geht um Vielfalt!

Diversity und Diversity Management sind Schlagworte, die mittlerweile in aller Munde sind. Was ganz konkret mit diesen Begriffen gemeint ist, bleibt aber oft verschwommen.

Wörtlich übersetzt heißt Diversity zunächst nichts anderes als „Vielfalt“. Allerdings beinhaltet der aus dem Amerikanischen stammende Begriff zusätzlich die Intention einer Bereicherung des menschlichen Zusammenlebens speziell des Erwerbslebens durch Unterschiede im Geschlecht, in der ethnischen Herkunft, im Alter, in der sexuellen Orientierung, in Religion und Weltanschauung oder auch aufgrund von Behinderungen.

Das heißt, was zunächst als trennend erscheinen mag, wird in einen ökonomischen Mehrwert (Business Perspektive) und eine Stärkung der Menschenrechte (Equality-Perspektive) umgewandelt.

Ohne ein Umdenken beziehungsweise ohne ein Wissen um die unterschiedlichen Ausgangslagen und Bedürfnisse von Menschen ist ein solcher Prozess

allerdings nicht möglich. Gefragt sind deshalb vor allem Empathie, Selbstreflexion, Wissen über gesellschaftliche (Macht)verhältnisse und die Fähigkeit zum Perspektivwechsel. Für jeden Einzelnen bedeutet das, offen und möglichst vorurteilsfrei Menschen gegenüberzutreten, die als andersartig als man selbst erscheinen. Bereitschaft, Kommunikation aufzunehmen gehört ebenso dazu wie Beziehungen „auf Augenhöhe“ einzugehen und nicht zu diskriminieren.

Menschlich und ökonomisch gibt es auf diese Weise viel zu gewinnen

Wem das allerdings zu anstrengend erscheinen mag, dem sei ins Stammbuch geschrieben: Es gibt keine Alternative! Die Vielfalt ist längst Realität!

Reichsbürger und Selbstverwalter

Nicht als Spinner abtun!

Mit ihren Visionen vom Fortbestand des Kaiserreichs, von Phantasiestaaten oder gar des Dritten Reiches, ihren abstrusen Forderungen und ihrer Vielschreiberei an Ämter und Gerichte wurden sogenannte Reichsbürger und Selbstverwalter lange Zeit nur müde belächelt.



© Senatverwaltung für Inneres und Sport

Um den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes den Umgang mit der schwierigen und auch nicht ungefährlichen Klientel der sogenannten Reichsbürger erleichtern zu können, hat sich der dbb berlin am 12. Juni 2019 im Rahmen seiner Veranstaltungsreihe „dbb berlin im dialog“ bei dem Experten für diese Klientel in der Senatverwaltung für Inneres und Sport, Alexander Dassen, ausführlich über die wichtigsten Erkenntnisse zu dieser extremistischen Bewegung informiert.

Zurück reicht deren Ursprung bis ins Jahr 1985, als erstmals eine „Reichsregierung“ von einem ehemaligen Reichsbahner ausgerufen wurde. In der Folge führten zahlreiche Spaltungen der Reichsbürger zu einer Vielzahl von Organisationen und auch zu mehreren „Reichsregierungen“, die sich zwar in Details unterschieden, aber grundsätzlich die Bundesrepublik als nicht existent, sie sogar teils als Komplott des Weltjudentums betrachten. An der Vielfalt unterschiedlicher Gruppierungen hat sich bis heute auch nichts geändert.

Erhebliches Gefahrenpotenzial

Deutlich geändert hat sich allerdings im Laufe der Zeit die Einschätzung des Gefahrenpotenzials, das von der zunächst als harmlos und versponnenen angesehenen Szene ausgeht. War die Flut von Schreiben, in denen die Reichsbürger gegenüber öffentlichen Ämtern die Nichtexistenz der Bundesrepublik bekundeten, noch eher lästig, ließ sich nach einer Zunahme von Bedrohungen und sogar Übergriffen von Reichsbürgern auf Staatsbedienstete deren Vorgehen nicht mehr bagatellisieren. Und als es schließlich 2016 zu ersten Schusswechseln mit Reichsbürgern und einem Polizistenmord kam, steht die gesamte Szene unter ständiger Beobachtung des Verfassungsschutzes. Bis dahin waren nur die rechtsextremistischen Reichsbürger im Fokus der Sicherheitsbehörden.

Bundesweit werden inzwischen 19.000 Reichsbürger und Selbstverwalter gezählt, wobei letztere nicht an den Fortbestand des Deutschen Reiches anknüpfen, sondern eigene Phantasiereiche gründen. In Berlin gehören 670 Personen dieser Szene an, von denen 150 Rechtsextremisten sind.

Zu Unrecht, wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere in den Bereichen der Justiz, in Bürgerämtern und auch in der Steuerfahndung erfahren mussten. Denn Drohungen, Einschüchterungen, verbale wie tätliche Gewalt und hohe Waffenaffinität gehören ebenfalls zu den Charakteristika dieser Randgruppen und haben seit 2016 auch den Verfassungsschutz auf den Plan gerufen.

Verzerrtes Weltbild

Deren Weltbild ist generell durch Fremdenfeindlichkeit und einen geradezu pathologischen Antisemitismus geprägt. Verschwörungstheorien aller Art finden gern Gehör und in den vielfältigen Reichsbürgerorganisationen, die es neben einer Vielzahl von Einzelakteuren gibt, wird gern ein phantasievoller Anstrich von eigener Exilstaatlichkeit geschaffen, etwa mit dem Ausstellen von Personaldokumenten, Führerscheinen und ähnlichen Papieren.

Zielscheibe „öffentlicher Dienst“

Zielscheibe der Attacken der Reichsbürger, die alles daransetzen, geltendes Recht und staatliche Behörden zu sabotieren, sind zwangsläufig die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Nicht nur, dass mit massenhaften Eingaben, Widersprüchen, Forderungen und Anklagen permanent versucht wird, größtmögliche Verwirrung zu stiften und Arbeitsabläufe zu lähmen, „Nahziel ist nicht selten die Vermeidung von Steuer- oder Bußgeldzahlungen“, wie es in einem Infolyer der Senatsverwaltung für Inneres und Sport heißt.

Am Ende ist es dann der Gerichtsvollzieher oder der Steuerfahnder, der sich allein womöglich gegen einen Trupp von Reichsbürgern durchsetzen muss.

Schulung dringend notwendig

Zwar enthält der Flyer bereits einige Hinweise zum Umgang mit Reichsbürgern und Selbstverwaltern (siehe Kasten), die Teilnehmer der Dialogveranstaltung waren sich aber einig darüber, dass Schulung dringend Not tut. Der dbb berlin wird deshalb entsprechende Seminare bei der Verwaltungsakademie Berlin anregen.

Empfohlener Umgang mit Reichsbürgern und Selbstverwaltern

- > Führen Sie keine inhaltlichen Diskussionen.
- > Unterbrechen Sie die Einlassungen der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ und wiederholen Sie erforderlichenfalls mehrfach Ihren aktuellen Handlungsauftrag.
- > Behandeln Sie „Reichsbürger und Selbstverwalter“ nicht anders als andere Menschen/Bürger/Kunden (Vorzugsbehandlung oder die Verweisung an Vorgesetzte bestärken „Reichsbürger und Selbstverwalter“ nur).
- > Lassen Sie sich vom Auftreten der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ nicht einschüchtern (ihre „Argumente“ sind haltlos); drohen Sie Konsequenzen an und setzen Sie diese auch um.
- > Zeigen Sie Straftaten durch „Reichsbürger und Selbstverwalter“ konsequent an. Leiten Sie Ihnen bekannt gewordene Informationen über „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ an die Verfassungsschutzbehörde weiter.

(Auszug aus dem Infolyer „Reichsbürger und Selbstverwalter“ der Senatsverwaltung für Inneres und Sport)

Übrigens, bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport kann Alexander Dassen mit seinem aufschlussreichen Vortrag für Veranstaltungen erbeten werden. ■

Regionalverband Ost der DPVKOM

Torsten Jaehne wiedergewählt

Der Gewerkschaftstag des Regionalverbandes Ost der DPVKOM hat am 14. Juni 2019 den bisherigen Regionalvorsitzenden Torsten Jaehne mit deutlicher Dreiviertelmehrheit im Amt bestätigt. Der Regionalverband Ost umfasst die Bundesländer Berlin, Brandenburg und Sachsen.



Klares Wahlergebnis für Torsten Jaehne

Zu seinen Stellvertretern wählten die Delegierten Karin Kunkel aus Berlin und Christian Steffens aus Rathenow. Der Regionalvorstand wird komplettiert durch Frank Wehde als Beisitzer, den Seniorenvorsitzenden Günter Spiersch, die Sprecherin der Betriebsräte, Annelies Möser, sowie die kommissarische Vertreterin der Regionalfrauengruppe, Susanne Lange.

Wertschätzung bleibt auf der Strecke

Gast der Veranstaltung war die Bundesvorsitzende der DPVKOM, Christina Dahlhaus, die in ihrer Rede die Vorstände der Aktiengesellschaften im Organisationsbereich der DPVKOM heftig kritisierte. Deren exorbitant hohen Gewinnziele und Aktionärsversprechen seien nur auf Kosten des Personals realisierbar! Die Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitern bleibe dabei auf der Strecke.

Die aktuelle Tarifvereinbarung bei der Deutschen Post beurteilte die DPVKOM-Bundesvorsitzende differenziert. Einerseits beinhalte sie einige gute Schutzregelungen für alle, andererseits entwerte jedoch die Nichtanerkennung von Dienstjahren die Arbeit.

Zusammenarbeit verstärkt

Torsten Jaehne ging in seinem Rechenschaftsbericht unter anderem auf den Umzug der Geschäftsstelle des Regionalverbandes nach Moabit ein. Dadurch sei die gewerkschaftliche Zusammenarbeit mit dem dbb berlin und den weiteren ansässigen Schwestergewerkschaften in Berlin-Moabit verstärkt worden.

dbb Landeschef Frank Becker hatte bereits in einem schriftlichen Grußwort die gute Zusammenarbeit von dbb berlin und DPVKOM-Regionalverband Ost gewürdigt, die sich nicht allein auf die Bürogemeinschaft beschränke.

Dem Gewerkschaftstag übermittelte er nicht nur die Glückwünsche der dbb Landesleitung, der auch Torsten Jaehne als stellvertretender Landesvorsitzender angehört, an den neu gewählten Regionalvorstand, sondern rief unter Hinweis auf das Motto der Gewerkschaftstages „Gemeinsam sind wir stark“ zur gewerkschaftlichen Geschlossenheit und Nähe zu den Beschäftigten auf. Auch der dbb berlin habe sich mit seinem Motto „Nähe ist unsere Stärke“ im besonderen Maße auf die Fahnen geschrieben, stets unmittelbar vor Ort ansprechbar zu sein und Problemlösungen herbeizuführen. Besonderer Dank gelte deshalb allen ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen, die diese Nähe erst ermöglichen.

Um eine Stärkung des gewerkschaftlichen Engagements ging es auch bei den Beschlüssen, die das Gremium bei den Sachberatungen gefasst hat. So wird der Vorstand des Regionalverbandes prüfen, ob der Sonderurlaub für Funktionsträgerinnen und Funktionsträger von bisher sechs auf mindestens acht Tage angehoben werden soll. Beschlossen wurde außerdem die Forderung nach einem finanziellen oder zeitlichen Ausgleich für Ausbilderinnen und Ausbilder von Quereinsteigern. Verabschiedet wurde auch ein Antrag zur freiwilligen Umwandlung von geleisteten Überstunden in Altersteilzeit.

Ein weiterer Antrag befasste sich damit, Mitarbeiter am Gewinn eines Unternehmens zu beteiligen. ■



UNSERE GEWINNER

Über die Hoodies mit dem rbb-Slogan „Bloß nicht langweilen“ können sich **Petra Giebson, 14558 Nuthetal** und **Alexander Bretzel, Berlin, freuen.**

Zeitalter	neblige Luft	brav; höflich									ein Südafrikaner	Schmuck an einer Kopfbedeckung	in diesem Augenblick
linker Nebenfluss der Fulda											9		schlechte Angelegenheit
Firmenzusammenchluss			Lehrling (Kurzwort)										
Regelverstoß beim Fußball	artikulieren, aussprechen					ohne Saum, Fugen	österr. Abtei an der Donau	Säuger mit Haarleid	blühende Wasserpflanze	Hafenstadt auf der Krim			10
		6	Baummaschine		8			Heißluftbad, Schwitzbad					aus einer weichen Masse formen
Jagd mit Hunden	Gallert aus Gelatine, Knochen		Postsendung	Schale; Packung						Verordnung, Erlass			
jüdischer Ruhetag		4				Burg in der Eifel		unbestimmter Artikel			griechischer Liebesgott		kreisförmig
			Manuskriptprüfer							Leichtathlet			
früherer Minister islam. Staaten			verehrtes Vorbild				7	Ansage auf Kontra (Skat)	Fluss zur Aller (Oberharz)			Abk. für technische Universität	
Steigen und Fallen des Wassers				starke nervliche Belastung						5	franz. Stadt in der Normandie		2
Einmannruderboot	1					gewalt-sam ziehen						Mineral- oder Gesteinskörnchen	



Adlerküken Horst ...

... ist am Infostand des dbb berlin und seiner Mitgliedsgewerkschaften beim Motzstraßenfest gar nicht mehr wegzudenken. Begeisterung löst das Maskottchen der dbb jugend nicht nur bei kleinen Besucherinnen und Besuchern aus, auch die „Großen“ lassen sich gern von Horst zum dbb berlin lotsen beziehungsweise mit dem mannshohen Adlerküken ablichten. Horst – flauschig weich und in überschaubarer Größe – verlosen wir dreimal unter den Einsendern, die bei unserem Juli/August-Preisrätsel die richtige Lösung gefunden haben. Einsendungen müssen bis spätestens 15. August eingehen beim:

dbb berlin
post@dbb.berlin
Fax: 030.327952-20

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

PREISRÄTSEL

Beihilfeanträge weiter in Papierform möglich

„Bangemachen“ gilt nicht!

Ausgerechnet aus dem Bereich einer „Möchtegern-Gewerkschaft“ sind offenbar Falschmeldungen verbreitet worden, die für Unruhe bei den Versorgungsempfänger(inne)n sorgen sollten. Behauptet wurde, dass künftig nur noch Online-Beihilfeanträge möglich und die Pensionäre damit „außen vor“ wären. Der dbb berlin stellt klar:

Alle Beihilfeberechtigten – aktive und pensionierte Beamtinnen und Beamte des Landes Berlin – werden am Beihilfe-Online-Verfahren teilnehmen können, wenn sie es denn wollen.

Selbstverständlich werden nach wie vor auch die postalischen Papierwege offenstehen. Denn das zuständige Landesverwaltungsamt weiß nur zu gut, dass ein Teil seiner Kunden den Online-weg nicht mehr beschreiten kann beziehungsweise nicht will. Übrigens sind das keineswegs nur die Seniorinnen und Senioren. Das Landesverwaltungsamt Berlin rechnet sogar damit, dass gerade diese Klientel das Online-Verfahren sehr gern nutzen wird. Aufgrund ihrer zeitlichen Flexibilität sind Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nämlich ausgesprochen mobil und nicht immer vor Ort. Auch für diejenigen von ihnen, die gar nicht mehr in Berlin le-

ben, dürfte die internetbasierte Beihilfeabwicklung eine große Erleichterung sein.

Im Übrigen wird es für alle Beamt(innen)en und Versorgungsempfänger(innen) vor dem Echtbetrieb der vorgesehenen Anwendung noch ausführliche Erläuterungen im Internet geben. Gegenwärtig ist zunächst einmal, nachdem auch die Zustimmung des Hauptpersonalrats vorliegt, der Probebetrieb in Vorbereitung – und zwar sukzessive für einen anfänglich noch eingeschränkten Nutzerkreis.

Der dbb berlin bedauert, dass die Falschmeldung in Sachen Beihilfe einmal mehr verdeutlicht hat, dass leider nicht alles, was sich in Berlin Gewerkschaft nennt, zur wirksamen Interessenvertretung beiträgt. ■

Fallzahlbegrenzung in Jugendämtern überfällig

Für eine Begrenzung der Fallzahlen in den Jugendämtern haben am 20. Juni 2019 Beschäftigte der Regionalen Sozialpädagogischen Dienste (RSD) demonstriert. Anlass der Aktion war, dass eine verbindliche Begrenzung der Fallzahlen bislang an Kompetenzstreitigkeiten zwischen Senatsverwaltung und Bezirken scheitert.

Das ursprünglich vereinbarte Maximum von 65 Betreuungsfällen pro Fachkraft ist deshalb bisher nicht verankert worden. In der Praxis führt diese Unklarheit zu weit höheren Fallzahlen und einer drastischen Überlastung des RSD. Etwa 150 Teilnehmer nahmen an der Protestaktion auf dem

Alexanderplatz teil, zu der DBSH Berlin, GEW BERLIN und ver.di im Rahmen der AG Weiße Fahnen aufgerufen hatten.

„Aktuell sind für viele Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter bis zu 100 Fälle keine Seltenheit“, kritisierte Hannes Wolf, Vorsitzender des DBSH Berlin, bei der Protestkundgebung. „Alle Verantwortlichen sind sich einig, dass eine Fallzahlbegrenzung auf 65 Fälle pro Fachkraft dringend notwendig ist. Umso unverständlicher ist es, dass es nicht zu einer verbindlichen Regelung kommt. Bezirke und Senat lassen wertvolle Zeit für die so dringend nötige Verbesserung der Arbeitsbedingungen verstreichen.“ ■